

JAHRESRÜCKBLICK 2025 AUS DEM REGIERUNGSRAT

von Ruth Faller Graf

Nach dem tragischen Tod von Sonja Wiesmann durfte ich per 1. Juli 2025 das Departement für Justiz und Sicherheit übernehmen. Ich habe diese verantwortungsvolle Aufgabe mit grossem Respekt vor der Arbeit meiner Vorgängerin angetreten und möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für das in mich gesetzte Vertrauen bedanken.

Die ersten acht Monate standen stark im Zeichen der Aufgaben- und Verzichtsplanung. Die angespannte finanzpolitische Lage verlangt vom Kanton schwierige Prioritätensetzungen. Für mich ist dabei klar: Sparpolitik darf nicht auf Kosten der Schwächsten gehen und staatlicher Schutz ist keine beliebige Verfügungsmasse. In demokratischen Prozessen wird sorgfältig zu entscheiden sein, wo Effizienzgewinne möglich sind – und wo wir als SP entschieden dafür eintreten müssen, dass der Service public und der soziale Zusammenhalt nicht ausgehöhlt werden.

Gerade in einer Zeit schwindender Solidarität ist es zentral, diesen Prozess verantwortungsvoll und solidarisch zu gestalten. Mein besonderes Augenmerk gilt weiterhin den Anliegen von Minderheiten und sozial Schwächeren sowie den Interessen der Arbeitnehmenden. Ein starker Staat zeigt sich gerade dort, wo Menschen auf verlässliche Unterstützung angewiesen sind.

Parallel dazu waren und sind verschiedene gewichtige Gesetzesvorlagen zu bearbeiten. Dazu gehört insbesondere das Thurgauische Datenschutzgesetz, das an die EU-Richtlinien angepasst werden muss und mit dieser Anpassung den Zugang zum Datentransfer im Schengenraum sichert. Ebenfalls von grosser Tragweite ist die Totalrevision des Gebäudegesetzes inklusive des Feuerschutzgesetzgebung, das aufgrund tragischer Ereignisse eine neue Aktualität erhalten hat. Weiter beschäftigt uns die Neuorganisation der KESB mit dem Ziel, die Strukturen zu klären und die Qualität der Arbeit weiter zu stärken.

Besondere Aufmerksamkeit erforderte auch die Situation beim Handelsregisteramt Thurgau. Krankheitsbedingte Ausfälle führten dort zu einer spürbaren Mehrbelastung der verbleibenden Mitarbeitenden und in der Folge zu Verzögerungen in der Aufgabenerfüllung. Die Mitarbeitenden haben in dieser anspruchsvollen Phase mit grossem Einsatz gearbeitet und unter schwierigen Bedingungen die gesetzlich geforderten Leistungen sichergestellt. Die Situation des Handelsregisteramts zeigt exemplarisch, wie dünn der Grat zwischen schlanker Verwaltung und erhöhter Anforderung an die Mitarbeitenden bei zunehmender Arbeitsbelastung und gleichbleibender Stellenprozenze ist.

Ein politisch breit diskutierter Einzelfall hat zudem gezeigt, dass auch die Einbürgerungspraxis einer sorgfältigen Überprüfung zu unterziehen sein wird. Diesbezüglich sind die Diskussionen im Grossen Rat zu den hängigen Vorstössen abzuwarten. Festzuhalten ist jedoch, dass transparente, rechtsstaatlich saubere und gleichzeitig faire Verfahren zentral für das Vertrauen in unsere Institutionen auch in diesem Bereich sind.

Stark gefordert ist der Kanton derzeit auch durch die aktuelle Migrationspolitik des Bundes. Insbesondere im Bereich der Rückführungen sowie aufgrund der beschränkten Möglichkeiten von Dublin-Out-Überstellungen nach Italien steht unser Kanton unter erheblichem Druck. Dies zeigt sich besonders im Betrieb des Bundesasylzentrums mit Ausreise in Kreuzlingen, dessen Kapazitäten und Abläufe die kantonalen und kommunalen Strukturen stark beanspruchen. Hier braucht es weiterhin eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sowie realistische bundespolitische Rahmenbedingungen.

Nach Jahren mit starkem Fokus auf den Ausbau der Professionalität wird zunehmend der Anspruch an Digitalisierung und Effizienzsteigerung an die staatliche Verwaltung herangetragen. Diese Entwicklung bietet Chancen, verlangt aber eine sorgfältige politische Begleitung. Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss den Menschen dienen, die Mitarbeitenden entlasten und die Qualität der Dienstleistungen verbessern. Dafür braucht es vorgängige Organisationsüberprüfungen und gezielte Anpassungen. Ein wichtiges Ziel in diesem Bereich soll die Entlastung der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sein, insbesondere von repetitiven Massengeschäften. Gleichzeitig ist klar: Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeitende bleiben das Rückgrat eines leistungsfähigen Staates – gerade angesichts zunehmend komplexer Aufgaben. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels ist es entscheidend, dass sich der Kanton Thurgau als attraktiver und moderner Arbeitgeber positioniert und die entsprechenden Grundlagen dafür schafft. Dazu gehören zeitgemässe Arbeitsbedingungen, verlässliche Entwicklungsperspektiven und Strukturen, die es ermöglichen, qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und langfristig zu halten.

Die kürzlich durchgeführte Mitarbeitendenbefragung zeigt hier Handlungsbedarf. Zwar ist die Verbundenheit vieler Mitarbeitender mit ihrer Arbeit weiterhin hoch, doch insbesondere das Vertrauen in die Regierung wurde teilweise nur als knapp genügend bewertet. Diese Rückmeldungen nimmt der Gesamtregierungsrat ernst. Sie sind ein wichtiger Auftrag an den Regierungsrat, die Führungs- und Arbeitskultur weiterzuentwickeln, die Mitarbeitenden stärker einzubeziehen und die Attraktivität der kantonalen Verwaltung konsequent zu verbessern.

Der Kanton Thurgau hat gegenüber allen Einwohnerinnen und Einwohnern – auch gegenüber älteren Menschen – kurze Wege und eine hohe Dienstleistungsbereitschaft zu gewährleisten. Digitalisierung darf den persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Das direkte Annehmen von Anliegen, das persönliche Gespräch und die kontinuierliche Überprüfung, welche Formen von Dienstleistungen und Kommunikation von der Bevölkerung gewünscht werden, bleiben zentrale Elemente eines bürgernahen und sozialen Staates.

Für mich bleibt leitend: Ein handlungsfähiger Staat, der schützt, ermöglicht und zusammenhält, ist und bleibt die beste Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Thurgau.

Tragen wir Sorge zu unseren demokratischen Prozessen, unseren kurzen Wegen und unserem Anspruch an Solidarität, Transparenz, Vertrauen und Verlässlichkeit. Es sind Werte, die es mehr denn je braucht.